

Volksanwalt Mag. Hilmar Kabas

ORF-Ausstrahlung „Volksanwalt – Gleiches Recht für alle“ vom 30.12.2006

### **Verkehrslärm: Gesundheit der Anrainer durch rasche Schutzmaßnahmen sicherstellen**

Dem Schicksal lärmgeplagter Anrainer von stark befahrenen Bundesstraßen und Autobahnteilstücken in Ober- und Niederösterreich widmete sich diese Ausgabe von „Volksanwalt – Gleiches Recht für alle“: So sorgt im oberösterreichischen Sierning die Tatsache für Unmut, dass eine entlang der immer stärker frequentierten B 122 – der Verbindungsstraße zwischen Steyr und Sattledt – in Aussicht gestellte Lärmschutzwand bis heute nicht errichtet ist. Die zuständigen Behörden würden die betroffenen Bürger mit rechtlichen und technischen Hinweisen zu beschwichtigen versuchen anstatt Maßnahmen zu setzen, lautete dabei einer der Hauptvorwürfe.

Für Volksanwalt Mag. Hilmar Kabas waren die von der Behörde vorgebrachten formaljuristischen Argumente schlichtweg „haarsträubend“. Es gehe um die Gesundheit der Menschen, diese habe immer im Vordergrund der Betrachtungen zu stehen. Die geltende Dienstanweisung der Landesregierung, Eingaben, welche die Errichtung von Lärmschutzwänden forderten, erst zu berücksichtigen, wenn Beschwerdeführer mindestens zehn Jahre an ihrem Hauptwohnsitz vom Lärm betroffen seien, sei eine „oberösterreichische Spezialität“ und stelle die Betroffenen schlechter als etwa die Anrainer von Autobahnen und Autostraßen.

Die Volksanwaltschaft fordere daher die rasche Anpassung dieser Regelung an die bundesweiten Richtlinien und appelliere an die Landesregierung, die in Aussicht gestellte Lärmschutzwand in Sierning so bald als möglich zu errichten. Dies auch deshalb, da aktuelle Lärmmessungen ergeben hätten, dass die zulässigen Lärmgrenzen aufgrund einer signifikanten Zunahme des Schwerverkehrs zuletzt deutlich überschritten worden seien.

### **Autobahnknoten „Steinhäusl“: Lässt Lärmschutz weiter auf sich warten?**

Auch an einem der meist befahrenen Autobahnteilstücke von ganz Österreich, dem Knoten „Steinhäusl“ an der Westautobahn nahe Wiens, regt sich seit geraumer Zeit

Widerstand: Eine Bürgerinitiative kämpft mit Unterstützung der Marktgemeinde Alt-lengbach seit Jahren für die Errichtung von Lärmschutzwänden, bislang jedoch ohne Erfolg. Für Volksanwalt Mag. Kabas blieb es unverständlich, wieso geeignete Lärmschutzmaßnahmen nicht schon seinerzeit in die Gesamtplanung für den Autobahnknoten aufgenommen und verwirklicht worden waren, zumal ein großer Teil der vom stetig zunehmenden Autobahnlärm betroffenen Siedler bereits vor dem Bau des (von der Westautobahn abzweigenden) Allander Autobahnastes vor knapp dreißig Jahren dort gewohnt hatte.

Laut Autobahngesellschaft Asfinag ist der Knoten „Steinhäusl“ ein außergewöhnlicher Sonderfall im österreichischen Autobahnnetz. Gerade auch deshalb könne, so Kabas weiter, der Asfinag der Vorwurf nicht erspart bleiben, dass nicht schon längst wirkungsvolle Lärmschutzmaßnahmen gesetzt worden seien. Wenn sich nun auch eine gemeinsame Lösung des Problems unter Einbeziehung der Gemeinde abzuzeichnen beginne, trete er vehement für Sofortmaßnahmen zur Lärmreduktion ein.

Eine Zwischenlösung wäre Experten zufolge die Verhängung eines Tempolimits von 80/60 km/h im fraglichen Bereich. Da Geschwindigkeitsbeschränkungen in die Zuständigkeit des Verkehrsministers fallen würden, fordere er diesen auf, beim Knoten „Steinhäusl“ umgehend im Sinne der dort lebenden Menschen tätig zu werden. Bisher hatte sich das Ministerium auf den Standpunkt zurückgezogen, die Bürger „arbeiten nicht mit“, weshalb es an Entscheidungsgrundlagen fehle. Auf Grund der umfangreichen Untersuchungen der Asfinag und der unermüdlichen Tätigkeit der Bürgerinitiative sowie der Gemeinde konnte dieses Argument nur als Ausrede gewertet werden.